

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst
am 19.02.2015

Tagungsort: Friedrich Wilhelm Murnau-Gesamtschule (Forum Haus 2)
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Reinhard Schäffer - Bezirksbürgermeister

CDU

Herr Bernd Henrichsmeier
Herr Gerhard Henrichsmeier - stellv. Bezirksbürgermeister (RM)
Herr Klaus-Dieter Hoffmann
Herr Simon Lange
Herr Günter Möller
Herr Werner Thole (Vors.) RM
Herr Achim Tölke

SPD

Frau Ingeborg Abendroth
Herr Nesrettin Akay (Vors.)
Frau Ursula Fecke
Frau Melanie Grbeva
Herr Patrick Mayregger

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Marc Burauen (Vors.)
Herr Roland Lasche

BfB

Herr Karl-Hermann Vagt

Die Linke

Herr Willi Waidelich

Von der Verwaltung

Herr Spree	Amt für Verkehr	(zu TOP 6)
Frau Heeren	Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	(zu TOP 7)
Herr Skarabis	Bezirksamt Heepen	
Herr Lötze	Bezirksamt Heepen	
Herr Steinmeier	Bezirksamt Heepen	(Schriftführer)

Zuhörer in der nichtöffentlichen Sitzung (§ 19 Abs. 4 GeschO)

-/-

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Bezirksbürgermeister Schäffer eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Die von der Bezirksvertretung genehmigte Tagesordnung wird sodann wie folgt erledigt:

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Stieghorst

An die Bezirksvertretung und die Verwaltung werden keine Einwohnerfragen gerichtet.

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 1 *

Zu Punkt 2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 15.01.2015

Ohne Aussprache ergeht folgender

B e s c h l u s s :

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung der Bezirksvertretung Stieghorst am 15.01.2015 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 2 *

Zu Punkt 3 Mitteilungen

I. Schriftliche Mitteilungen

3.1 Bevölkerungsentwicklung im Stadtbezirk Stieghorst 1973 bis 2014

Die nach statistischen Bezirken differenzierte Übersicht über die Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung wurde vom Amt für Demographie und Statistik zum 31.12.2014 fortgeschrieben.

Für den Stadtbezirk Stieghorst ist diese Statistik den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.2 Erweiterung der Stadtbahnlinie 3 nach Hillegossen

Mit Beschluss vom 28.08.2014 hat die Bezirksvertretung Stieghorst um einen Bericht der moBiel GmbH und des Amtes für Verkehr über den Stand der räumlichen, finanziellen und zeitlichen Planung für die Erweiterung der Stadtbahnlinie 3 nach Hillegossen gebeten.

In Beantwortung einer schriftlichen Einwohnerfrage vom 29.11.2014 zum Ausbau der Infrastruktur im Stadtteil Hillegossen hat das Amt für Verkehr am 08.01.2015 eine Stellungnahme abgegeben, die gleichzeitig als Zwischennachricht auf den Beschluss vom 28.08.2014 verfasst wurde.

Diese Stellungnahme ist den Mitteilungen als Anlage beigefügt.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.3 Ausbau der Infrastruktur in Bielefeld-Hillegossen

Ein Einwohner des Stadtteiles Hillegossen hat mit Schreiben vom 29.11.2014 diverse Fragestellungen zum Ausbau der Infrastruktur im Bereich „Auf dem

Busch und Umgebung“ übersandt.

Auf der Grundlage der dazu von der Telekom Deutschland, der BITel Gesellschaft für Telekommunikation, dem städt. Bauamt und dem städt. Amt für Verkehr eingeholten Stellungnahmen hat das Bezirksamt Heepen die Fragen mit Schreiben vom 06.02.2015 beantwortet.

Die Anfrage vom 29.11.2014, der Antworttext des Bezirksamtes Heepen vom 06.02.2015, die Stellungnahme der BITel vom 09.01.2015 sowie die Stellungnahme des Amtes für Verkehr vom 08.01.2015 (s. auch Mitteilung 3.2) sind den Mitteilungen als Anlagen beigefügt.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay bezieht sich auf die Stellungnahme der BITel Gesellschaft für Telekommunikation mbH mit dem Angebot, im öffentlichen Teil einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung die Möglichkeiten und Grenzen des DSL-Ausbaus zu erläutern.

Er regt an, die BITel zu einem Bericht über den Ist-Zustand und die Ausbaumöglichkeiten einzuladen.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) schließt sich der Anregung von SPD-Fraktionsvorsitzendem Akay an.

Das Angebot in Stieghorst, Ubbedissen und Lämershagen sei nicht mehr zeitgemäß. Die Attraktivität des Stadtbezirkes müsse durch eine flächendeckende Verbesserung des DSL-Angebotes zwingend gesteigert werden.

Neben der BITel sollten auch die Telekom Deutschland, Unitymedia und Vodafone zu einem Bericht über die Ausbaumöglichkeiten eingeladen werden.

Herr Skarabis merkt an, dass die BITel und die Telekom in der vergangenen Sitzungsperiode die Bezirksvertretung bereits informiert hätten.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf bevorstehende Ausbauaktivitäten der Telekom Deutschland im Bereich des Gewerbegebietes „Kornkamp“.

Dies könne evtl. ein Ansatzpunkt für die Ausweitung auf andere Bereiche des Stadtteils Hillegossen sein.

Er plädiert ebenfalls für einen Bericht der genannten Telekommunikationsunternehmen.

Herr Skarabis sagt die Einladung der BITel, der Telekom Deutschland, Unitymedia und der Vodafone zu einer der nächsten Sitzungen der Bezirksvertretung zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

Verbindungsweg zwischen der Mensa der Grundschule und dem Sportplatz Ubbedissen

Die Verwaltung hat nach nochmaliger Überprüfung festgestellt, dass das mit einzelnen Trittplatten hergestellte Endstück des Verbindungsweges von der Mensa der Grundschule zum Sportplatz Ubbedissen verkehrssicher ist. Eine Veränderung wird nicht mehr vorgenommen.

Gesprächsprotokolle mit anderen Vereinbarungen konnten nicht ermittelt werden.

Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) bezeichnet diese Mitteilung als unbefriedigend, da die Verwaltung in früheren Abstimmungsgesprächen mit dem Sportverein andere Aussagen getroffen habe.

Herr Skarabis teilt mit, dass zwischenzeitlich ein Abstimmungsgespräch zwischen dem Leiter der Grundschule Ubbedissen, Herrn Seifert, und dem Vorsitzenden des SV Ubbedissen, Herrn Klöpperpieper, stattgefunden habe.

Dieses Gespräch habe zu einem einvernehmlichen Ergebnis wie folgt geführt:

- *Die Schule und der Sportverein sind einverstanden, dass die Fußwegeverbindung zum Sportplatz auf Kosten des Vereins zusammenhängend auf eine Plattenbreite von 2 Gehwegplatten ausgebaut wird.*
- *Sämtliche Anlieferungsvorgänge für das Vereinsheim werden über den Haupteingang des Sportplatzes an der Pyrmonter Straße abgewickelt.*
- *Die Nutzung des Weges erfolgt nur außerhalb der Schulbetriebszeit (montags bis freitags 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr). Dazu wird ein entsprechendes Hinweisschild aufgestellt.*
- *Das Nebeneingangstor zum Sportplatz bleibt in der Schulbetriebszeit (montags bis freitags 7.00 Uhr bis 17.00 Uhr) geschlossen.*
- *Sofern erheblicher Vandalismus auf dem Schulgelände durch die Nutzung dieses Zugangs zum Sportplatz eintritt, kann der Zugang nach vorherigem gemeinsamen Gespräch zwischen Schule und Verein unter Beteiligung von Bezirksamt, Sportamt und Amt für Schule nötigenfalls dauerhaft geschlossen werden.*

Mit diesen dargestellten Vereinbarungen werde den Interessen der Schule sowie des Sportvereins gleichermaßen gedient.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

II. Mündliche Mitteilungen

3.5 Handbuch und Fernsprechverzeichnis 2015 der Stadtverwaltung

Herr Skarabis verweist auf das vor Sitzungsbeginn den Mitgliedern (ohne Ratsmitglieder) verteilte Handbuch und Fernsprechverzeichnis 2015 der Stadtverwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.6 Wohnungsmarktbericht 2014

Herr Skarabis verweist auf den vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilten Auszug für den Stadtbezirk Stieghorst aus dem Wohnungsmarktbericht 2014.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

-.-.-

3.7 Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder

Herr Skarabis verweist auf die vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilte Mitteilung des Bildungsbüros, wonach am 26.03.2015 wiederum eine Informationsveranstaltung für die Eltern 4jähriger Kinder durchgeführt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

3.8

OGS-Neubau der Grundschule Ubbedissen

Bezirksbürgermeister Schäffer teilt mit, dass der OGS-Neubau der Grundschule Ubbedissen am Donnerstag, dem 30.04.2015, um 10.00 Uhr, eingeweiht werde.

Der Schulleiter werde die Fraktionsvorsitzenden zu diesem Festakt einladen. Über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer können die Fraktionen nach eigenem Ermessen entscheiden.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 3 *

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1056/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die gemeinsame Anfrage der Grüne-Fraktion, der SPD-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut:

„1. Wurden für die Errichtung von Unterkünften für Flüchtlinge und Asylsuchende Standorte in Stieghorst seitens der Stadt geprüft?“

Wenn ja, wie lautet das Ergebnis?

2. *Können auch Privatunterkünfte oder leerstehende private Wohnungen außerhalb der Einrichtungen als Unterkünfte für Flüchtlinge und Asylsuchende angeboten werden?*
 - *Wenn ja, wie wird auf diese Möglichkeit hingewiesen?*
 - *Welche Auflagen sind zu erfüllen?*
 - *Wer ist der Ansprechpartner für private Anbieter?*
3. *Gibt es eine Koordinierungsstelle für hilfsbereite Mitbürgerinnen/Mitbürger, die kommunale Aktivitäten ehrenamtlich unterstützen wollen?“*

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen führt zur Begründung aus, dass mit der Anfrage der Anstoß gegeben werden solle, vorhandenen Leerraum ausfindig zu machen, Transparenz zu erzeugen und damit Vorurteilen vorzubeugen, wie sie durch die „Pegida-Bewegung“ in Dresden und anderen Städten offenbar geworden seien.

Herr Skarabis informiert über eine zu der Anfrage ergangene Stellungnahme des Amtes für soziale Leistungen wie folgt:

Zu Frage 1.

Es gab in Stieghorst noch kein Objekt, das daraufhin geprüft wurde, ob es als Unterkunft geeignet ist.

Zu Frage 2.

Es können auch private Unterkünfte angeboten werden. Dieses ist bekannt und geschieht auch regelmäßig. Es wird im Einzelfall geprüft, ob sich eine Wohnung zur Unterbringung eignet. Dafür entscheidend sind Kriterien wie die Größe und Ausstattung der Wohnung, das Umfeld, die Infrastruktur und die Kosten für Herrichtung und Miete. Ansprechpartnerinnen beim Amt für soziale Leistungen sind

- Frau Streubühr, Tel. 0521/51-5306 sowie
- Frau Müller, Tel. 0521/51-6189.

Zu Frage 3.

Das Amt für soziale Leistungen hat Ende 2014 das Projekt „BEFlügelt - Bielefelder Engagement für Flüchtlinge“ ins Leben gerufen, um das enorme ehrenamtliche Engagement in Bielefeld zu bündeln und zu koordinieren. Hier besteht die Möglichkeit, sich alleine oder in verschiedenen Themen-Gruppen zu engagieren. Ansprechpartnerin beim Amt für soziale Leistungen ist Frau Linneweber, Tel. 0521/51-2953.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 4.1 *

-.-.-

Zu Punkt 4.2 Kanalbaumaßnahme Obere Hillegosser Straße

- mündliche Anfrage -

Mitglied Möller (CDU-Fraktion) verweist auf die derzeit durchgeführte Kanalbaumaßnahme in der Oberen Hillegosser Straße und hinterfragt den Fertigstellungstermin.

Zur Begründung führt er aus, dass der Verkehr über die Kolmarer Straße ausweiche. Dadurch sei diese Anliegerstraße einschließlich LKW-Verkehr stark belastet.

Für die Dauer der Kanalbaumaßnahme regt er für die Kolmarer Straße alternativ die Beschilderung „Durchfahrt für LKW verboten“ oder „Anlieger frei“ an.

Herr Skarabis sagt die Weiterleitung dieser Anregung an die Straßenverkehrsbehörde zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 4.2 *

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Optimierung der Radwegführung auf dem Lipper Hellweg

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1053/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion, der Grüne-Fraktion und des Mitgliedes der Partei Die Linke mit folgendem Wortlaut:

„Um eine Erhöhung der Verkehrssicherheit auf dem Lipper Hellweg zu bewirken, strebt die Bezirksvertretung eine Optimierung der dortigen Radwegführung an. Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlages

beauftragt.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay führt zur Begründung aus, dass am Lipper Hellweg der Radweg nicht durchgängig vorhanden sei. Abrupte Unterbrechungen im Bereich von Parkbuchten würden regelmäßig zu gefährlichen Situationen führen.

Der Nahmobilitätsbeauftragte solle den Zustand unter Beibehaltung der vorhandenen Parkplätze optimieren.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister Henrichsmeier macht darauf aufmerksam, dass der ehemalige Fahrradbeauftragte die heute vorhandene Radwegführung in der Bezirksvertretung vorgestellt und als optimale Lösung präsentiert habe.

Somit stelle sich die Frage, wie der jetzige Nahmobilitätsbeauftragte eine Optimierung realisieren solle, ohne gleichzeitig die Parkbereiche anzutasten.

Eine Verbesserung sei zwar erforderlich, aber unter den vorgegebenen Eckwerten kaum möglich.

Die Antragsteller sollten konkret darlegen, wie sie sich eine Optimierung vorstellen.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen vertritt die Ansicht, dass gute Lösungen in der Vergangenheit nicht automatisch gute Lösungen der Gegenwart seien.

Durch Markierungsänderungen müsse kurzfristig eine Verbesserung herbeigeführt werden.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole merkt an, dass Verbesserungen für den Radverkehr am Lipper Hellweg durchaus wünschenswert seien. Im Bereich Richtung Osningsstraße fehle eine Radverkehrsanlage vollständig, im Anschluss daran sei sie beidseitig vorhanden und Richtung Hillegossen einseitig mit Unterbrechungen durch Parkbuchten markiert.

Gleichwohl werde es im Bereich der Parkbuchten kaum eine Optimierungsmöglichkeit geben.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) stellt fest, dass im Stadtgebiet Bielefeld mit geringem Mitteleinsatz gute Lösungen gefunden worden seien. Beispielhaft verweist er auf die Hermannstraße.

Er gehe davon aus, dass der Nahmobilitätsbeauftragte Ideen zur Optimierung entwickeln könne.

Mitglied Lange (CDU-Fraktion) vertritt die Ansicht, dass ein Auftrag an die Verwaltung im Rahmen eines Antrages konkreter gefasst werden sollte.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte den Antrag auf den gesamten Streckenbereich des Lipper Hellwegs bezogen wissen.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Um eine Erhöhung der Verkehrssicherheit auf dem Lipper Hellweg zu bewirken, strebt die Bezirksvertretung eine Optimierung der dortigen

Radwegführung an.

Die Verwaltung wird mit der Erarbeitung eines entsprechenden Vorschlages beauftragt.

Dafür: 9 Stimmen

Dagegen: -

Enthaltungen: 8 Stimmen

- mithin beschlossen -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 5.1 *

Zu Punkt 6 Radwegeplanung für den Stadtbezirk Stieghorst

- zeitlich behandelt nach Punkt 7 -

Herr Spree (Amt für Verkehr) bezieht sich auf den Beschluss der Bezirksvertretung vom 28.08.2014 mit dem Auftrag an die Verwaltung, unter Berücksichtigung der vorhandenen Radwege eine Radwegeplanung für den Stadtbezirk Stieghorst vorzunehmen.

Mittels Beamer-Präsentation erläutert er zunächst die Ausgangssituation und Rahmenbedingungen. Hierzu verweist er auf den Fahrradstadtplan mit der Darstellung des Ist-Zustandes, jedoch ohne Analyse des Netzes oder des Zustandes der Radwege.

Sodann bezieht er sich auf die Prioritätenliste der Bezirksvertretung für Rad- und Gehwege in der letzten Fassung vom 06.06.2013, differenziert nach Straßennetzen in der Baulast der Stadt Bielefeld bzw. des Landesbetriebes Straßen NRW.

Ferner sei der Bezirksvertretung am 26.04.2012 die Untersuchung zum Radverkehrsnetz Bielefeld vorgestellt worden.

An Hand eines Planausschnitts des Stadtbezirks Stieghorst erläutert er als Untersuchungsergebnis

- ein Zielnetz für den Alltagsradverkehr,
- Radverkehrsanlagen mit Verbesserungserfordernis sowie
- wünschenswerter Netzausbau.

Nachfolgend informiert Herr Spree über Maßnahmen zur Nahmobilitätsförderung wie folgt:

- Durchführung eines BYPAD-Verfahrens (2015/2016),
- Erarbeitung von Freizeit-Radrouten und Ergänzung der wegweisenden Beschilderung (2015-2016),

- EU-Projekt STARS
Steigerung des Radverkehrsanteils an Schulwegen (2014-2016),
- Aktion „Stadtradeln“ (Umweltamt / jährlich, 07. bis 27.06.2015).

Zu den „Randbedingungen“ führt er aus, dass Straßensanierung Vorrang vor Straßenneu-/umbau habe, das Förderprogramm nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) ausgelaufen sei mit der Folge, dass z. B. die baulich mängelfreie Oerlinghauser Straße nicht gefördert werden könne, und das jährliche städtische Budget für den ausschließlichen Geh-/Radwegebau lediglich 50.000 € betrage.

In der Konsequenz aus diesen Randbedingungen müssten Fahrbahn(-decken)-Sanierungen zur Anlage von Radverkehrsanlagen bzw. zur Verbesserung der Radverkehrsführung genutzt werden.

Abschließend macht Herr Spree auf mögliche bezirkliche Maßnahmen in den Jahren 2015/2016 wie folgt aufmerksam:

- Stieghorster Straße
zwischen Schneidemühler Straße und Gumbinner Straße (2015),
- Oldentruper Straße
zwischen Otto-Brenner-Straße und Stralsunder Straße (2015),
- Detmolder Straße
zwischen Lagesche Straße und Pyrmonter Straße (2016)
und
- Erweiterung des Angebotes von Fahrradboxen an DB-Haltepunkten und Stadtbahnendhaltestellen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay bezieht sich auf den zu Tagesordnungspunkt 5.1 gefassten Beschluss zur Optimierung der Radwegeführung auf dem Lipper Hellweg.

Hierzu hinterfragt er Lösungsansätze.

Herr Spree sieht finanziell keine Ansätze für bauliche Veränderungen, jedoch Möglichkeiten zur Überleitung von Radfahrstreifen auf die Fahrbahn.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte sodann wissen, ob ein von Radfahrern stark frequentierter Fußweg von der Straße Auf der Sülte zur Grundschule Hillegossen mit dem Zusatz „Radfahrer frei“ beschildert werden könne.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole hält eine derartige Beschilderung ebenfalls für sinnvoll.

Herr Spree verweist auf die erforderliche Mindestbreite von 2,50 m und die Zuständigkeit der Straßenverkehrsbehörde.

Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) regt eine Verbesserung der Radverkehrsführung an der Oldentruper Straße stadtauswärts im Bereich des Großmarktes an.

Außerdem verweist er auf die Zuwegungen zur Fußgängerbrücke über die Lagesche Straße, die durch Beschilderung ebenfalls für Radfahrer freigegeben werden sollten.

Abschließend macht Mitglied Mayregger auf Bodenunebenheiten mit Pfützenbildung bei Regen auf einem Weg entlang der Stadtbahn zwischen der Haltestelle Roggenkamp und der Lutherkirche aufmerksam. Er regt die Schotterung dieses Weges an.

Herr Spree merkt zu diesen Anregungen an, dass

- eine Zuwegungsbeschilderung zur Fußgängerbrücke von der Straßenverkehrsbehörde geprüft werden müsse,
- er für den Problembereich an der Oldentruper Straße einen Vorschlag erarbeiten und der Bezirksvertretung unterbreiten werde und
- der Weg entlang der Stadtbahn sich nicht in der Unterhaltungszuständigkeit des Amtes für Verkehr befinde. Er werde die Anregung weiterleiten.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bezieht sich auf die von Herrn Spree genannten bezirklichen Priorisierungen mit der Korrektur, dass an 1. Rangstelle nicht die Oerlinghauser Straße, sondern die Linnenstraße zwischen Dingerdisser Heide und Stadtgrenze priorisiert sei.

Er vertritt die Ansicht, dass für diese Ausbaumaßnahme die 400.000 € sinnvoller ausgegeben werden könnten als für neuerliche Maßnahmen im Bereich des bereits mit Zuschussmitteln ausgebauten Knotenpunktes Detmolder Straße / Osningstraße / Otto-Brenner-Straße.

Herr Spree stellt hierzu fest, dass die Linnenstraße nicht Bestandteil des Netzes und gesamtstädtisch nicht an 1. Rangstelle priorisiert sei.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole erwidert, dass der Lückenschluss an der Linnenstraße wesentlicher Bestandteil des ausgewiesenen Radweges „Weser-Lippe“ sei.

Herr Spree verweist auf den Auftrag an die Verwaltung, das Zielnetz gemäß Beschluss des Stadtentwicklungsausschusses abzuarbeiten. Für die Freizeitradrouten „Weser-Lippe“ gebe es keine Beschlusslage.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen möchte wissen, ob Wege in Parkanlagen grundsätzlich mit Rädern nicht befahren werden dürften.

Herr Spree verweist auf die städtische Satzung, wonach das Fahren in Parks untersagt ist, es sei denn, Wege seien durch Beschilderung explizit für Radfahrer freigegeben.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen vertritt die Ansicht, dass Wege in Grün-/Parkanlagen grundsätzlich für Radfahrer freigegeben werden sollten, zumal das

Satzungsverbot ohnehin niemand kenne.

Herr Spree macht darauf aufmerksam, dass Satzungen öffentlich bekannt gemacht würden und damit dem Informationserfordernis der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen werde.

Grünanlagen seien im Übrigen Naherholungsgebiete mit unterschiedlichen Nutzungsansprüchen. Eine generelle Freigabe für den Radverkehr sei kaum vorstellbar. Außerdem müssten diverse Beteiligte in ein Konzept zur punktuellen Freigabe einbezogen werden. Beispielhaft nennt er den Immobilienservicebetrieb als Flächeneigentümer, den Umweltbetrieb mit Unterhaltungszuständigkeit, das Umweltamt, die Straßenverkehrsbehörde und das Ordnungsamt.

Grüne-Fraktionsvorsitzender Burauen hält eine umgekehrte Vorgehensweise für zweckmäßiger. Nach seiner Auffassung sollte der Radverkehr insgesamt zugelassen und nur für einzelne Wegeabschnitte ein Verbot kenntlich gemacht werden.

Mitglied Hoffmann (CDU-Fraktion) verweist auf die Vielzahl von unterbreiteten Wünschen und Anregungen der SPD- und Grüne-Fraktion und möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehe.

Nach seiner Auffassung sollten diese Anregungen und Wünsche in Form von politischen Anträgen eingebracht werden, damit alle Fraktionen und Parteienvertreter Gelegenheit zur Vorberatung hätten und Aufträge an die Verwaltung durch Beschlüsse erteilt würden.

Bezirksbürgermeister Schäffer stellt fest, dass Anmerkungen und Anregungen immer zulässig und zugelassen worden seien.

Herr Skarabis merkt an, dass Herr Spree ausgearbeitete Lösungsvorschläge vor einer Umsetzung noch von der Bezirksvertretung beschließen lassen werde.

Mitglied Mayregger (SPD-Fraktion) stellt fest, dass niemand im Vorfeld den Berichtsinhalt des Nahmobilitätsbeauftragten kannte, um darauf gezielt reagieren zu können. Außerdem würden primär Bürgeranregungen eingebracht.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay merkt an, dass ein Antrag für jede Anregung unrealistisch sei.

Bezirksbürgermeister Schäffer dankt Herrn Spree für die Ausführungen.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 6 *

Zu Punkt 7 Planung der Tagesbetreuung zum Kindergartenjahr 2015/2016

- zeitlich behandelt vor Punkt 6 -

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1019/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Beschlussvorlage der Verwaltung.

Frau Heeren (Jugendamt) macht einleitend auf einen als Tischvorlage verteilten abweichenden Beschlussvorschlag aufmerksam, der aufgrund einer neuen Erlasslage erforderlich geworden sei.

Sie erläutert die Abweichungen zum ursprünglichen Beschlussvorschlag.

Sodann verweist sie auf die gegenüber dem Vorjahr neue Anlage 2 mit der vorgegebenen Ausweisung von Integrationsplätzen. Diese seien mit gesamtstädtisch 131 Kindern relativ gering, dürften sich aber um Nachmeldungen weiter erhöhen.

Zur Anlage 1 erläutert sie, dass sich das gesamtstädtische Platzangebot von 11.883 auf 11.687 Plätze reduziert habe.

Der Rückgang umfasse 123 Plätze bei U 3 sowie 73 Plätze bei Ü 3.

Gleichzeitig hätten sich die Tagespflegeplätze um 127 erhöht, so dass sich die gesamtstädtische Platzzahl netto um 69 Plätze verringert habe. Diese Reduzierung sei dem Bedarf entsprechend geplant worden.

Mitglied Frau Grbeva (SPD-Fraktion) möchte wissen, warum eine Unterteilung nach Migranten vorgenommen worden sei.

Frau Heeren verweist auf statistische Werte, die für die Planung der Tagesbetreuung eigentlich irrelevant seien und künftig evtl. nicht mehr dargestellt würden.

Mitglied Waidelich (Die Linke) bezieht sich auf die für den Stadtbezirk Stieghorst ausgewiesenen Daten mit einem prozentualen Rückgang des Anteiles an Migranten von 59,4 % auf 49,3 %.

Im Stadtteil Sieker müsste dieser Anteil real bei annähernd 100 % liegen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole bezeichnet diese Daten ebenfalls als nicht schlüssig.

Frau Heeren teilt mit, dass es sich um Meldedaten handele, die vom Jugendamt lediglich übernommen würden.

Sie sagt eine Klärung zu.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) möchte wissen, ob ein Migrantenanteil für jede einzelne Kindertageseinrichtung ausgewiesen werden könne.

Frau Heeren verweist auf möglicherweise zusätzlich erforderliche Erhebungen

der Kindertageseinrichtungen.
Sie sagt eine Prüfung zu.

Mitglied Waidelich (Die Linke) hinterfragt die Zusammensetzung der Kindpauschale.

Frau Heeren erläutert die durch das Kinderbildungsgesetz vorgegebenen Eckwerte wie z. B. Betreuungsumfang und Alter, wobei die Kindpauschale jedes Jahr um 1,5 % erhöht werden müsse. In der Pauschale nicht enthalten seien die Mietkosten.

Auf Nachfrage von Mitglied Frau Fecke (SPD-Fraktion) erläutert Frau Heeren am Beispiel der Kindertageseinrichtung „AWO Ubbedissen“ nochmals die Kindpauschale, die in der ausgewiesenen Höhe beim Land beantragt werde.

Mitglied Frau Fecke bezieht sich sodann auf eine Presseberichterstattung, wonach es bei einigen Kindertageseinrichtungen Belegungsprobleme durch den Übergang von Kindern aus U 3-Plätzen in nicht ausreichend verfügbare Ü 3-Plätze gegeben habe.

Frau Heeren teilt mit, dass der beschriebene Sachverhalt kein gesamtstädtisches Problem darstelle.

Vereinzelt könne es zu einem Ü 3-Engpass kommen, wenn viele U 3-Kinder auf einen Ü 3-Platz innerhalb der Einrichtung wechseln.

Mit den Trägern der von Kapazitätsengpässen betroffenen Einrichtungen seien inzwischen Lösungen gefunden worden.

Mitglied Lasche (Grüne-Fraktion) verweist auf einen hohen Migrationsanteil im Stadtteil Sieker mit besonderen Anforderungen an die Erzieherinnen und einem inzwischen überdurchschnittlich hohen Krankenstand dieser Berufsgruppe.

Er vertritt die Auffassung, dass Kindertageseinrichtungen in „Sozialen Brennpunkten“ besser ausgestattet werden müssten.

Frau Heeren merkt an, dass der Begriff „Brennpunkt“ im offiziellen Sprachgebrauch nicht mehr benutzt werde.

Seit etwa einem Jahr gebe es nach dem Kinderbildungsgesetz die Möglichkeit, Kitas mit einem hohen Anteil von Kindern mit besonderem Unterstützungsbedarf des Bildungsprozesses („plusKITA“) zusätzlich zu fördern.

Der Landeszuschuss in Höhe von 25.000 € pro Kita sei von den Trägern für pädagogisches Personal einzusetzen.

Außerdem könnten Kindertageseinrichtungen Mittel für zusätzlichen Sprachförderbedarf erhalten, wenn sie im Team eine sozialpädagogische Fachkraft mit nachgewiesenen Erfahrungen und Kenntnissen in der Sprachförderung beschäftigen.

Der Landeszuschuss betrage mindestens 5.000 € pro Kita.

(Anerkannte plusKITA- und Sprachförder-Einrichtungen s. auch Mitteilung 3.1, BV Stieghorst, 25.09.2014.)

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s:

1. Der Jugendhilfeausschuss, die Beiräte und die Bezirksvertretungen stellen den durch die Jugendhilfeplanung und Trägergespräche ermittelten Bedarf an Betreuungsplätzen für das Kindergartenjahr 2015/2016 und deren Verteilung entsprechend der Anlage 1 und der Anlage 2 unter Berücksichtigung der unter 4. dargestellten Änderungen fest und beauftragen die Fachverwaltung, diesen bis zum 15.03.2015 an das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW zu melden:

Gruppenform		Platzzahl* Tageseinrich- tungen	davon unter 3 Jahren	davon über 3 Jahren	Platzzahl Tagespflege
I = Kinder im Alter von zwei Jahren bis zur Einschulung	Ia (25 Std.)	258	1.216	3.159	
	Ib (35 Std.)	1.571			
	Ic (45 Std.)	2.546			
II = Kinder im Alter von unter drei Jahren	IIa (25 Std.)	17	17		
	IIb (35 Std.)	406	406		
	IIc (45 Std.)	1.109	1.109		
III = Kinder im Alter von drei Jahren und älter	IIIa (25 Std.)	469		469	
	IIIb (35 Std.)	2.016		2.016	
	IIIc (45 Std.)	3.163		3.163	
Summe		11.555	2.748	8.807	815

*Abweichungen zwischen den beim Land anzumeldenden Plätzen (11.555 + 815 = 12.370) und der Gesamtzahl der Plätze (12.502) ergeben sich aus der Tatsache, dass 132 Plätze nicht über das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) gefördert werden und insofern bei der Meldung an das Land NRW keine Berücksichtigung finden können (72 Plätze in heilpädagogischen Gruppen und 45 Plätze in den sog. Intensivhorten sowie 15 Plätze in einer Kita, die vom Träger bzw. einem Betrieb frei finanziert werden).

2. Gegenüber dem Land NRW sind auf der Basis der zurzeit vorliegenden Bewilligungsbescheide des Landesjugendamtes 131 Plätze für Kinder mit Behinderung (Integrationsplätze) anzumelden. Kinder, für die zu einem späteren Zeitpunkt Bewilligungen durch das

Landesjugendamt ausgesprochen werden, sind nach zu melden.

- 3. Die Verwaltung wird analog zur Regelung im Kindergartenjahr 2014/2015 beauftragt, die erforderliche haushaltsmäßige Umsetzung zu gegebener Zeit für das Haushaltsjahr 2016 vorzunehmen bzw. den Haushalt 2015 unter Berücksichtigung der Veränderungen umzusetzen.**
- 4. Von den Änderungen in Anlage 2 sind im Stadtbezirk Stieghorst keine Einrichtungen betroffen.**

- einstimmig beschlossen -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 7 *

Zu Punkt 8

Anmeldezahlen und Klassenbildungen der städtischen Grundschulen zum Schuljahr 2015/16

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0861/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay bringt zum Ausdruck, dass die Schülerwanderung innerhalb des Stadtbezirkes rückläufig sei.

Da nur ca. 2/3 der Schulanfängerinnen und Schulanfänger an der wohnortnächsten städtischen Grundschule angemeldet würden, stelle sich die Frage nach den schulischen Alternativen für ca. 1/3 der Schulanfängerinnen und Schulanfänger außerhalb des Stadtbezirkes.

Herr Skarabis macht darauf aufmerksam, dass alle Kinder an den jeweils angemeldeten Schulen aufgenommen werden könnten.

An der Grundschule Hillegossen würden die prognostizierten Anmeldezahlen unterschritten, so dass hier nur 2 Eingangsklassen gebildet werden könnten.

Anmeldungen an Schulen außerhalb des wohnortnahen Schuleinzugsbereiches würden sich auf städtischen Grundschulen in benachbarten Stadtbezirken, auf städtische Bekenntnisschulen, Schulen in nichtstädtischer Trägerschaft, Schulen außerhalb von Bielefeld sowie Aufnahmen an Förderschulen beziehen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Akay möchte sodann wissen, wie hoch der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an den Schulanfängerinnen und Schulanfängern der Grundschulen im Stadtbezirk ist und wie sich dieser Anteil im Vergleich zu den Vorjahren entwickelt hat.

Herr Skarabis sagt eine Recherche zu.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 8 *

Zu Punkt 9 Bericht 2015 über Infrastruktur im Bielefelder Straßenraum

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0890/2014-2020

Bezirksbürgermeister Schäffer verweist auf die Informationsvorlage der Verwaltung.

- Die Bezirksvertretung nimmt ohne Aussprache Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 9 *

Zu Punkt 10 Verfügungsfonds für die "Soziale Stadt Sieker Mitte" - Entsendung von Mitgliedern der Bezirksvertretung und Stellvertreterinnen/ Stellvertretern in den Stadtteilbeirat -

Herr Skarabis bezieht sich auf die Beratung zu Punkt 10 der Sitzung der Bezirksvertretung am 15.01.2015 mit dem Ergebnis, dass über die Listenvorschläge der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion in der heutigen Sitzung eine Entscheidung durch geheime Abstimmung herbeigeführt werden solle.

Die vorbereiteten Stimmzettel würden beinhalten:

Liste 1 (Vorschlag CDU-Fraktion)

Mitglieder:

Bezirksbürgermeister
stellv. Bezirksbürgermeister
Mitglied CDU-Fraktion

Stellvertretung:

1 Mitglied SPD-Fraktion
1 Mitglied Grüne-Fraktion
Mitglied der BfB

Liste 2 (Vorschlag SPD-Fraktion)

Mitglieder:

Bezirksbürgermeister
stellv. Bezirksbürgermeister
Mitglied Frau Abendroth (SPD-Fraktion)

Stellvertretung:

Mitglied Waidelich / Die Linke (für den Bezirksbürgermeister)
1 Mitglied CDU-Fraktion / BfB (für den stellv. Bezirksbürgermeister)
Mitglied Lasche / Grüne-Fraktion (für Mitglied Frau Abendroth)

Rubrik für eine Enthaltung .

Nachfolgend wird jedem Mitglied der Bezirksvertretung ein Stimmzettel ausgehändigt.

CDU-Fraktionsvorsitzender Thole verweist auf einen Presseartikel mit der Aussage des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt, wonach auch die personelle Zusammensetzung von Ausschüssen das Wahlergebnis und die daraus resultierende Fraktionsstärke widerspiegeln müsse.

Diese Position übertragen auf die Besetzung des Stadtteilbeirates bedeute, dass die CDU als stärkste Fraktion in der Bezirksvertretung ein zweites Mandat beanspruchen könne. Er regt an, den Listenvorschlag 2 nochmals zu überdenken.

Bezirksbürgermeister Schäffer bittet darum, 2 Mitglieder für die Auszählung der Stimmen zu benennen.

Daraufhin werden CDU-Fraktionsvorsitzender Thole und SPD-Fraktionsvorsitzender Akay für die Stimmenauszählung benannt.

Nach namentlichem Aufruf findet die Abstimmung durch Einwurf der ausgegebenen Stimmzettel in eine Wahlurne statt.

Bei 17 anwesenden Mitgliedern ergibt die Abstimmung folgendes Ergebnis:

Abgegebene Stimmen: 17

Gültige Stimmen: 17

9 Stimmen für den Listenvorschlag 2 der SPD-Fraktion
8 Stimmen für den Listenvorschlag 1 der CDU-Fraktion.

Bezirksbürgermeister Schäffer stellt fest, dass damit die Liste 2 mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion angenommen worden sei.

Herr Skarabis fasst das Abstimmungsergebnis nochmals wie folgt zusammen:

Als Mitglieder werden in den Stadtteilbeirat der Bezirksbürgermeister, der stellv.

Bezirksbürgermeister und Mitglied Frau Abendroth (SPD-Fraktion) entsandt.

Stellvertreter sind

Mitglied Waidelich / Die Linke (für den Bezirksbürgermeister),
1 Mitglied der CDU-Fraktion / BfB (für den stellv. Bezirksbürgermeister)
sowie

Mitglied Lasche / Grüne-Fraktion (für Mitglied Frau Abendroth).

Auf Nachfrage erklärt CDU-Fraktionsvorsitzender Thole, dass ein stellvertretendes Mitglied der CDU-Fraktion / BfB bei Bedarf benannt werde.

- Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis. -

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 10 *

Zu Punkt 11 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zur Sitzung liegen keine Informationspunkte vor.

* BV Stieghorst - 19.02.2015 - öffentlich - TOP 11 *
